

Neuberger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weiz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 RM, die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 RM.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtparlasse Neuba — Bankverein Artern.

Das Ergebnis der Vorkonferenz.

... nicht versucht, einen Abbruch zu erreichen.

London, 6. April.
Nach Beendigung der englisch-französischen Ministerkonferenz in London wurde von englischer Seite eine amtliche Mitteilung herausgegeben, in der es heißt, daß die Minister im Hinblick auf die am Mittwoch beginnende Viermächtekonferenz nicht versucht hätten, einen Abbruch zu erreichen. Sie seien überzeugt, daß die Darstellung der beiderseitigen Ansichten die Arbeit dieser Konferenz erleichtern werde. Die englische und die französische Regierung teilten die Hoffnung, daß es möglich sein werde, schnellstens gemeinsame Maßnahmen zu verabreden, die unter Achtung der Interessen beider Parteien eine wirtschaftliche Annäherung der Donauländer ermöglichen.

Die Erörterungen galt hauptsächlich den wirtschaftlichen und finanziellen, denen die Donauländer gegenüberstehen. Die Minister der beiden Länder sind der Ansicht, daß die Fragen, die sie unterrichten, nur durch ein allgemeines Abkommen internationalen Charakters gelöst werden können, und daß für diesen Zweck eine enge und herzliche Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der vier Mächte, die sich am Mittwoch treffen, notwendig ist.

Die englisch-französischen Verhandlungen in der Donau angesetzt wurden am Montagmorgen um 5.30 Uhr beendet. Tardieu und Plandin führten gemeinsam im Kraftwagen nach dem Hydepark-Hotel zurück. Tardieu trat nach am Montagabend die Rückreise nach Paris an, wo er am Dienstagvormittag gegen 10 Uhr MEZ eintraf, um am Mittwochabend bereits mit einer großen Rede im Wahlkampf zu eröffnen.

Zufriedenheit in Paris.

Paris, 6. April.
Die pessimistische Haltung der großen Pariser Presse über den Ausgang der Londoner Besprechungen hat ganz plötzlich einem ausgeprägten Optimismus und unerbittlicher Zufriedenheit Platz gemacht. Alle großen Blätter unterscheiden besonders, daß die beiden Ministerpräsidenten sich über die Möglichkeiten zur Bewirkung des wirtschaftlichen Zusammenstoßes der Donauländer vollkommen einig geworden seien, und daß es nunmehr nur noch von Italien und besonders von Deutschland abhängt, wie rasch der Plan durchgeführt werden könne.

Selbst der außenpolitische Berichtslatter des „Echo de Paris“ berichtigt, begrüßt den Ausgang der Besprechungen, die eine so unerwartet günstige Wendung genommen hätten.

Außerdem dürfe man in Zukunft unter Großmächten nicht nur Frankreich, England, Italien und Deutschland verstehen, sondern müsse auch Polen und die Schweiz miteinrechnen, die ausdrücklich darauf bestanden hätten, mit zu Rate gezogen zu werden.

Auch der „Petit Parisien“ bespricht den Ausgang der Besprechungen als so günstig wie nur eben möglich. Am gegenwärtigen Gedankenaustausch habe sich über fast alle Punkte des Programms Übereinstimmung erzielen lassen.

Es bleibe nur noch zu hoffen, daß die Vertreter Deutschlands als denjenigen, die bei den diplomatischen Verhandlungen der letzten Wochen zutage getreten seien.

Das „Sourcil“ geht aus der gemeinsamen veröffentlichten amtlichen Mitteilung ebenfalls die Schlussfolgerung, daß man nunmehr auf beiden Seiten die Überzeugung gewonnen habe, daß die Neuorganisation Mitteleuropas bei einigem guten Willen sehr rasch durchgeführt werden könne.

Goethe-Geschenk Italiens.

Das Reisetagebuch des Vaters Goethes.

Rom, 6. April.

In der berühmten Farnesina, dem Sitz der königlichen italienischen Akademie, fand ein feierlicher Empfang statt, der dem Gedächtnis Goethes gewidmet war. In Vertretung Marconis drückte der Vizepräsident der Akademie seine Genugtuung darüber aus, daß die Akademie von Italien dank der Großzügigkeit von Weimar und dem Nationalmuseum von Weimar in der Lage sei, dem deutschen Volke das Reisetagebuch des Vaters Goethes zu überreichen und erhoffte enge Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem italienischen Volke zu stets sich steigender wissenschaftlicher und künstlerischer Förderung.

Professor Jarinelli übergab danach dem Volschäfer von Schwab den ersten Band des Reisetagebuchs, dessen Herausgabe er befragt hat.

Der deutsche Volschäfer dankte in kurzer, herzlich Rede, die er mit der Hoffnung schloß, daß die Beziehungen der Freundschaft und der Kultur sich zwischen beiden Ländern immer enger gestalten mögen.

Der Moskauer Anschlag.

Prozess gegen die Attentäter auf Zwodowski.

Moskau, 5. April.

Der Prozess gegen die Attentäter des deutschen Volschäfers von Zwodowski, Stern und Wälschew, die be-

kanntlich einen Anschlag auf den deutschen Volschäfer von Ditteln planten, diesen aber veranlassen, hat in Moskau begonnen.

Der Vorfall führt der Präsident des Militärkollegiums des Obersten Gerichtshofes, Ulrich; die Anklage vertritt der Volschämmissar für die Justiz, Krepentso, der gleichzeitig Truppenabteilungs geschäftl. An dem Prozess nimmt neben den sowjetischen auch die Auslandspresse teil. Dem Verlauf des Prozesses sieht man in Moskau mit Spannung entgegen.

An der Voruntersuchung konnten die Hintergründe des Moskauer Attentats nicht völlig geklärt werden. Beide Ankläger, Stern und Wälschew, wollten angeblich durch das Attentat der Moskauer Regierung Schwermierigkeiten in ihren außenpolitischen Beziehungen schaffen mit dem Ziele der Herbeiführung einer Intervention europäischer Staaten in Rußland, in deren Verlauf die Sowjetregierung gestürzt werden sollte. Daß sie gerade auf einen deutschen Diplomaten es abgesehen hatten, begründeten die Angeklagten damit, daß nach ihrer Meinung Deutschland das einzige Hindernis für eine Intervention sei. Durch die Ermordung des deutschen Volschäfers auf Zwodowski erfolgte das Attentat selbst vor sich hätte) glaubten sie die Beziehungen mit Deutschland so grundlegend zu lösen, daß dieses für eine Intervention kein Hindernis mehr bilden könnte.

Aus eigener Initiative dürften die Attentäter den Attentatsplan nicht geschmiebelt haben. Nach Anschlag der Moskauer Staatsanwaltschaft sind die Ankläger vielmehr in den russischen mehr oder weniger in Rußland zu suchen, die seinerzeit nach Polen ausgewandert sind und von dort aus ihren Kampf gegen die Sowjets führen. Zur Veranlassung dieser Anklage soll, wie die Anklageurteil behauptet, auch die Ermordung eines höheren militärischen Offiziers im Jahre 1928 verurteilt worden sein. Demselben wurde u. a. eine Frau namens Subartowa und ihr Verlobter Leo Subartoff von der GPU erschossen. Ein Verwandter von diesen Subartoff ist im Jahre 1920 nach Polen ausgewandert, nahm die polnische Staatsbürgerschaft an und wurde Beamter im Warschauer Finanzministerium. Dieser soll nur einige Zeit vor dem Attentat unerkannt nach Moskau gekommen sein und ist nach den Behauptungen der Staatsanwaltschaft der eigentliche Ipirius rector des Attentats. Die Anklage stützt diese Behauptung auf die Aussage eines ebenfalls im Zusammenhang mit dem Attentatsverurteil erschossenen Schwagers, des Generala Demitri, der ebenfalls polnischer Abstammung sein soll.

Litauens Kampf gegen das Deuschium

Deutsche Eltern unter Anklage.

Kaunas, 6. April.

In Verfolg der systematischen Unterdrückung des deutschen Schulwesens in Litauen ist es erneut zu einem unerhörten Schreckensfall der litauischen Schulbehörden gekommen. Sämtlichen deutschen Eltern der ehemals deutschen Volksschule in dem Kirchhof Sinautal, das an der ostpreussischen Grenze etwa 15 Kilometer von Schirwind entfernt liegt, wird auf Anordnung des Schulinspektors wegen Verstoßes der Prozess gemacht werden soll sie sich weigerten, ihre Kinder an dem in litauischer Sprache erteilten Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Diese ehemals recht deutsche Volksschule mit über dreißig Kindern ist vor etwa zwei Jahren gegen den Willen der Eltern in eine litauische Schule umgewandelt worden.

Damals gelang es den deutschen Eltern noch, durchzusetzen, daß wenigstens der Religionsunterricht in der Muttersprache gegeben würde.

Als jetzt auch dieser litauisch erteilt wurde, entschlossen sich die Eltern, ihre Kinder von dem in litauischer Sprache erteilten Religionsunterricht fernzuhalten, worauf der Schulinspektor gegen sämtliche Eltern Klage vor Gericht anstregte, die demnächst zur Verhandlung kommen soll.

Graf Czernin f.

Wien, 6. April.

Graf Ottomar Czernin, der frühere Außenminister des alten Österreich und Vertrauensmann des damaligen Kronprinzen Franz Ferdinand und des Kaisers Karl, ist in seiner Wiener Wohnung einem Herzschlag erlegen. Er lag an seinem Schreibtisch, um einige Briefe zu erledigen, stand dann auf, ging einige Male unruhig hin und her und sank im nächsten Augenblick leblos zusammen. Die bedeutendsten Abschnitte seiner außenpolitischen Tätigkeit sind die geheimen Friedensverhandlungen, die er zusammen mit dem Prinzen Sigfus von Parma führte, sowie der Abschluß der Friedensverträge mit Rumänien und Rußland.

Graf Ottomar Czernin, der einer böhmischen Uradelsfamilie entstammte, hätte im September des 60. Lebensjahres vollendet. Er wurde frühzeitig Vertreter des später ermordeten Kronprinzen Franz Ferdinand, der seine Entfesselung als Oberster nach Wien veranlaßte, wo er bis zum Ausbruch des Krieges am Kaiserlichen Hof (August 1914) verblieb. Der Abschluß seiner letzten Tätigkeit leitete ihn letzte Angriffe im ungarischen Reichstag, jedoch veröffentlichte das Wiener Ministerium des Innern ein Verbot, das für Graf Czernin die glänzendste Rechtfertigung war. Nach dem Tode Kaiser Franz Josephs, als der junge Kaiser Karl Ver-

trauensminister des Kronprinzen Franz Ferdinand zur Regierung ernannt wurde, Graf Czernin im Dezember 1916 Mitglied der Außenminister. Als solcher wurde er Träger der von Kaiser Karl verliehenen Friedenspolitik. Beschäftigt auf die Erfolge der Waffenruhe kam er dann auch im Februar 1918 Frieden mit der Ukraine, im März mit Rußland und im April mit Rumänien schloß. Besprechungen, die er seit August 1917 bis Februar 1918 mit Frankreich in der Schweiz führte, konnten die weitere Fortleitung des Krieges nicht abbrechen. Im Zusammenhang mit dem von Clemens von Wittelsbach Brief des Kaisers Karl an den Prinzen Sigfus von Parma erfolgte im April 1918 der Rücktritt Czernins. Nach dem Kräfte trat er mit Erinnerungen hervor, die Kaiser Karl außerordentlich befehlerten. Er optierte als geborener Feind für Österreich und wurde in den neuen österreichischen Nationalrat gewählt, wo er indessen nicht weiter hervortrat.

Dingeldien an Hugenberg.

Ein Vorschlag des Führers der Volkspartei.

Berlin, 5. April.

In einem offenen Brief an den deutschnationalen Parteiführer Dr. Hugenberg schreibt der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldien, u. a.:

„In der Erreichung des Gesamtzieles aber bürgerlichen Kreise kann nicht die Minderzahl auf die eigenen Parteinteressen entscheidend sein, sondern die Überzeugung, welcher Weg man unter Wahrung völliger Gleichberechtigung und unter Verzicht auf jedes besondere Parteigebühren die Erfüllung aller nationalen bürgerlichen Stimmen sicherstellen?“

Ich mache folgenden Vorschlag:

1. Die deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei erklären sich bereit, an folgender Abmachung teilzunehmen: Die in Betracht kommenden Parteien stellen in den Wahlkreisen eigene Listen auf. Die Wahlkreislisten werden in den Wahlkreisen untereinander verbunden; die Reststimmen gehen auf eine gemeinschaftliche preußische Landesliste.

2. Für die Aufstellung der gemeinschaftlichen Landesliste kann unter Verzicht auf sämtliche Parteigebühren ein gemeinschaftliches Aufgebot gefunden werden als das Stimmverhältnis, wie es sich nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen vom September 1930 darstellt.

3. Für den Fall eines Einverständnis, das mit Rücksicht auf die dringende Zeit auch telephonisch übermittelt werden könnte, erkläre ich mich bereit, sofort eine Zusammenkunft der Führer aller in Frage kommenden bürgerlichen Gruppen einzuberufen.

Stimm es zu einer solchen Abmachung auf Grund meiner Vorschläge, die bei gutem Willen und bei gemeinsamer Großzügigkeit auf allen Seiten auch jetzt noch erreichbar ist, so würde die politische Schlagkraft des nationalen Bürgertums bei der Gestaltung der Dinge in Preußen und darüber hinaus zu dem erhofften Erfolge führen.“

Deutschnationale Antwort an Dingeldien.

Auf den Vorschlag Dingeldiens, die Listen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu verbinden und nach dem Stimmverhältnis vom 30. September 1930 die Reststimmen zu verrechnen, hat der deutschnationale Abgeordnete Schmidt-Hannover in einem seiner perfekten an Verantwortung empfindlichen Schreiben geantwortet. Dr. Dingeldien bereits nach „Schiedsrichtern“ abgereicht ist. Schmidt-Hannover kritisiert noch einmal den Sinn des hugenbergischen Vorschlages, weist dann darauf hin, daß die zwischen Zentrum und DNVP stehenden Gruppen durch ihre in den letzten Jahren betriebene Politik nachweisbar sozialer Widerstand und Ablehnung selbst in eigenen Reihen erfahren hätten, daß die früheren Stimmverhältnisse nicht mehr als maßgebender Maßstab dienen könnten. Herr Dingeldien habe eine neue Einstellung zu einem Zeitpunkt beabsichtigt, der, wie er selbst weiß, es rein rechtlich unmöglich mache, die etwa in Betracht kommenden Gruppen für ernsthafte Verhandlungen zusammenzuführen. „Unter diesen Umständen wird Ihr nach 9 Jahren bisheriger Haltung überlassener Brief von vielen als ein Verzicht auf die Erfüllung der Dinge in Preußen und darüber hinaus zu dem erhofften Erfolge führen.“

Deutschnationale Wahlliste.

Berlin, 4. April.

Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei hielt in der Reichshauptstadt eine der Vorbereitung der Neuwahl des Preussischen Landtags gewidmete Sitzung ab. Der parteiamtliche Bericht über diese Tagung lautet:

„Der Parteivorstand legte die Kandidatenlisten für die Länderwahlen fest. Er billigte in allen Punkten die Politik des Parteiführers und die zur Reichspräsidenten- und Preussentagsausgewählten Parteien. In einer Beschlusseingabe am 2. durch das Ergebnis des 13. März bereits positiv entschieden Reichspräsidentenwahlkampfes hielt der Parteivorstand nur eine ruhige Demonstration, die lebendig geeignet ist, dem schwarz-roten System zu einem billigen Triumph zu verhelfen. Für den Wahlkampf im Preußen legte der Parteivorstand die Richtlinien fest. Das Befehmsamt der Partei zum Lebensrecht der Länder und der Selbstverwaltung in einer besonderen Erklärung zum Ausdruck.“

In einer weiteren Erklärung wurde ein nachdrücklicher Appell an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung gerichtet, jeden Mißbrauch des preussischen Staatsapparates

Leipzig (Kr. Merseburg). In einem hiesigen Lokal ging ein Mann an dem Spielautomaten. Als er eine Welle gepiekt hatte, verlor sich der Apparat und der Spieler beschwerte sich beim Wirt. Dieser stellte bei der Prüfung des Automaten fest, daß der Fremde falsche Gehäupfennstücke hineingeworfen hatte, einseitig geprägte, ohne Zahl und Aufschrift. Ehe die Polizei erschien, war der sonderbare Gast verschwunden.

Halle. Für die Wahl zum Kreisrathen Landtag am Sonntag, dem 24. April, hat die W.D.M.P. für den Wahlkreis Halle-Merseburg (Wahlkreis 11) folgenden Wahlzettel ausgestellt: 1. Paul Schulz, Oberleutnant a. D. Berlin-Wilmersdorf, 2. Rudolf Jordan, Gauleiter, Halle a. d. Saale, Albrechtstraße 22, 3. Hans Weirich, Kaufm. Angestellter, Merseburg, Gothastraße 6, 4. August Hallermann, Landwirt, Halle a. S., Kurfürstenstraße 11 uim.

Halle. In Halle wurden am Osttag das kleine Klausergesetz der Erdarbeiten (Hauptberufliche) Wohngruppen angeht. Eine Untersuchung durch die Landesanstalt für Vorgelegte ergab, daß es sich um drei Obden handelte, die Scherben, Tierknochen, Holzstücke und Altschutt enthielten. Besonders interessant wurde der Fund dadurch, daß sich in einer Urne ein kleiner Stein zum Anhalten angehängt fand, unter dem die Bruchstücke einer Handmühle lagen. In einer anderen Urne lag ein aus einem Stück Hirschhorn angefertiger Griff für ein größeres Gerät. Die Funde stammen aus der späteren Bronzezeit, etwa um 800 v. Chr. Ob.

Halle. Seit einiger Zeit war der Kriminalpolizei bekannt, daß auf die Kaffeeinsel eines großen Lebensmittelgeschäftes in der Leipziger Straße ein Diebstahl verübt worden sollte. Der Leiter dieses Plans, ein wegen Diebstahls verurteilter Mann, hatte beobachtet, daß die Kassiererin täglich nach Lebensmitteln das Geschäft als Letzte verläßt, um sich mit einer ansehenden schweren Aktentasche nach dem Hauptgeschäft zu begeben. Er beschloß, die Frau im Haus für zu überfallen, ihr Wertes in die Augen zu stecken und die Aktentasche zu entweihen. Die Wirtin wollte ihm hierbei den Rücken decken. Sofort nach Bekanntwerden dieses Raubplanes stellte die Kriminalpolizei umfangreiche Ermittlungen und Nachforschungen an, und es gelang ihr, den Täter am Sonntagabend, unmittelbar vor Ausführung der Tat, festzunehmen. Man fand bei ihm eine Tüte mit fein gemahlenem Mehl. Zwei der jungen Leute, die um den Plan wußten, hatten sich schon vorher hieron zurückergeben.

Halle. In der Anklageklage Klage gegen die Beschlüsse der Generalversammlung der Mansfeld U.G. vom 17. Juni 1931 handelte es sich um den Vorbehalt der Schlichtung. Gegenstand der Klage war die Bilanz der Mansfeld U.G. per 31. Dezember 1931 und hiermit verbunden die Abweisung des bestimmten Stabsgerichtspräsidenten. Dieses Geschäft hat bereits wiederholt die Gerichte beschäftigt. Es wurden schon im Vorjahr vom Landgericht Halle und im Februar d. J. vom Oberlandesgericht Naumburg für rechtsgiltig befunden und entsprechende Anklageverfahren der gleichen Klage Klage abgewiesen. Im jetzigen Termin verurteilte das Landgericht Halle das Urteil ebenfalls dahingehend, daß die Klage der Herren Naumburg-Hörsing vollständig abgewiesen wird, wobei die Kosten den beiden Klägern je zur Hälfte auferlegt werden. Das Urteil ist nicht in der nächsten Zeit durch die Ausführungen der Mansfeld U.G. in den weitestliegenden Punkten an.

Krositz (Kr. Leipzig). Der Einbruch beim hiesigen Gemeindevorsteher wurde jetzt aufgeklärt. Der Täter ist ein aus der Strafanstalt in Beuth bei Potsdam entwichener Straßengefänger. Er wurde bei einem Einbruch in der Nähe von Leipzig überführt und festgenommen.

Clefen (Kr. Leipzig). Im Dorfteich ertranken 11 in einem unbedachten Augenblick das zweijährige Kind des Geschäftsführers Müller. Bis nach geräumter Zeit das Verschwinden des Kindes bemerkt wurde, konnte es nur noch als Leiche geborgen werden.

Halla (Kr. Leipzig). Beim Schaufeln frözte hier ein junges Mädchen aus einem Rettenausrüstung und wurde gegen eine Wirtshaus geschleudert. Mit einem komplizierten Unterleibsendbruch und inneren Verletzungen wurde es dem Leipziger Krankenhaus zugeführt.

Leipzig. Zu der grauenhaften Bluttat in Seebenitz bei Markranstädt, wo am Sonntagvormittag der Arbeiter Kurt Schmidt in einem leichten Bekleidungsstück ermordet wurde, hat sich nunmehr festgestellt, daß die Eheleute Schmidt in unglücklicher Ehe lebten. Die Frau hatte deshalb die Ehecheidung eingeleitet, mochte jedoch noch mit den Kindern bei ihrem Mann. In der Nacht zum Sonntag war es, wie schon häufig, zu Streitigkeiten zwischen den Eheleuten gekommen. Der Mann ließ Frau mit Erschrecken bedrohen, ließ sie sich an einer Wirtshaus auf der Straße hinab und verbrachte die Nacht bei Bekannten. Am Morgen begab sie sich zum Bürgermeister, um ihn von den Drohungen ihres Mannes in Kenntnis zu setzen. Wahrscheinlich ist der Mordfall darüber, daß der Ehegatte Schmidt die gräuliche Tat begangen. Die Arbeitslosigkeit des Mannes hätte zur Zerrüttung der Ehe hauptsächlich beigetragen haben.

Wittenberg. Auf der Bahnhofsstraße Wittenberg-Berlin wurden am Dienstag früh gegen 5.30 Uhr bei Kilometer 129 die Leichen einer männlichen und weiblichen Person aufgefunden. Wie die Ermittlungen ergaben, handelt es sich um ein Ehepaar aus Grippin, das freiwillig der Tod gesucht hat. Die Personen wurden als der 39jährige Kesselschmied Walter Neumann und die 17jährige Ehefrau ermittelt.

Gräfenhainichen. Die Frist zur Einreichung von Bewerbungen um den hiesigen Bürgermeisterposten ist jetzt abgelaufen. Insgesamt sind 130 Bewerbungen eingegangen.

Wächitz. Dienstag früh wurde Bürgermeister Behrens im Hofe des Dessauer Rathauses erschossen aufgefunden. Es zeigt offenbar Selbstmord war. Grund ein Anfallsanfall des Tat konnte aus den Berichten der Bürgermeister bei sich frag, nicht gefunden werden. Behrens trug während der letzten Zeit ein sehr aufgeregtes Wesen zur Schau.

Bernburg. Die Stadt konnte am 1. April die Gehälter, Pensionen usw. nur zur Hälfte auszahlen, da nicht genügend Geld vorhanden war. Die andere Hälfte soll zwischen dem 10. und 15. April gezahlt werden.

Wittenberg. Für den Mittelfeldanbau in der hiesigen Gegend ist in den vergangenen Wochen wieder eine größere Zahl Arbeiter eingestellt worden. An welchem Umfang die Bauarbeiten in diesem Sommer durchgeführt werden, ist noch festzustellen.

Barby (Elbe). Der in Barby beheimatete Stenogramm-Friedrich, der für seine Rollen wegen des niedrigen Wasserstandes der Elbe augenblicklich keine Beschäftigung hat, benutzte seine Ruhezeit, um für seine Kinder Blei- und Zinnblei zu gießen. Hierbei erprobte er plötzlich ein Klumpen Blei im Schmelzgefäß und verletzte ihn erheblich, die Klumpen wurden leichter zerlegt.

Dessau. Aus der großen Zahl der Dessauer Bleieranten-Gläubiger haben sich einige Herren zusammengefunden, um die Vorstellungen für ein gemeinsames Vorgehen aller Gläubiger zu treffen. Es ist beabsichtigt, einen Schuttpend der Dessauer Bleieranten-Gläubiger zu bilden. Zu diesem Zweck wird in den nächsten Tagen eine Versammlung dieser Gläubiger einberufen werden.

Neuhaldensleben. Am benachbarten Meißendorfer Berg der Hieslerstraße Friedrich auf die Tochter seines Vaters, als sie von einem Spaziergang am Sonntagabend heimkehrte, aus einem Kestler zwei Schüsse ab, die das junge Mädchen im Gesicht schwer verletzten. Der Täter verübte hierauf Selbstmord, indem er sich einen Kopfschuß brachte und außerdem an einem Wagen im Hof erhängte. Man nimmt an, daß Begehrer der jungen Mann zu der Tat getrieben hat.

Burg. Die Kreisleitung der W.D.M.P. hat hier auf den Breiten Weg ein "Die Brücke" eröffnet. Der Reklamationsbetrieb soll aufrecht erhalten werden. Die übrigen Räume wurden zu Bureauzwecken eingerichtet.

Langemünde. An der neuen Elbebrücke wird sehr wieder mit Hochdruck gearbeitet. Um die Arbeiten schnell vorwärts zu bringen, wurden Doppelschichten eingerichtet. Zur fertiggestellten Brücke legt man 20 Zentner schwere Eisenträger auf, die die Brücke in Strahlen abstützen sollen. Häufige Schaufelarbeiten werden täglich an der Baustelle, um die interessanten Arbeiten zu verfolgen.

Dom Broden. Die Bismarckgemeinde hielt in der Nacht zum Sonntag auf dem Broden ihre traditionelle Bismarckfeier ab. Die Teilnehmer waren mit der Brodenbahn bis Gend und von dort bis zum Gendort durch Windstöße gezwungen worden. Von hier wurde der Aufstieg auf den Broden unternommen. Die Festrede hielt Dr. Weinert-Meringode; am Mitternacht wurde auf dem Brodenplateau ein Bismarckfeuer angezündet.

Hollerstedt. Die Stabverordneten genehmigten den Haushaltsplan für 1932. Die vom Magistrat beantragte Erhöhung der Bürgersteuer von 300 auf 400 Prozent verfiel durch die Ablehnung der Bürgersteuer auf einen Betrag von 100 000 Mark währte. Nach der Beratung des Magistrats ist die Aufstellung des Etats eine Verschönerung um rund 200 000 eingetreten, ist schätzungsweise ein Betrag, der sich nunmehr ergibt, auf etwa eine Million. — Bei der Erledigung des Wohlfahrtsrats kam es zu 10 10 Fällen. Dem kommunikativen Rat wurde nach dreimonatiger Ordnungsruf das Wort ergebnis. Schließlich wurde er von der Sitzung ausgeschlossen und, da er der Weisung nicht folgte, durch Polizei aus dem Saal entfernt.

Die Kandidatenliste der Landvolkpartei.

Auf der Vertreterversammlung der Landvolkpartei in Leipzig wurde beschlossen, für die drei Wahlkreise Halle-Merseburg, Magdeburg und Erfurt folgenden Kandidaten für die Kreisparlament aufzustellen: 1. Landtagsabgeordneter Seidenhufschütz, 2. Gutsbesitzer Wöde-Bellau, 3. Landwirt Selzer-Gartenberg.

16. deutscher evangelischer Gemeindegang.

In Halle trat am Sonntag nach zweijähriger Pause der 16. deutsche evangelische Gemeindegang unter dem Vorsitz von Generalpastor Dr. H. H. H. in Halle zusammen. Der Anstalt bildeten Festgottesdienste, in denen die Frage nach dem Wesen evangelischer Gemeinschaften diskutiert wurde, daß es in einer Zeit politischer und sozialer Zerrissenheit nötig sei, sich wieder fester auf dem Grund des Evangeliums zusammenzuschließen. Als Vorsitz des ersten Tages fungierte die evangelische Kirche in der Ulrichstraße. Die nächsten Verhandlungen nehmen am Montag ihren Anfang und dauern bis Dienstagabend.

Die wirtschaftliche Lage des Handwerks.

Der Reichverband des Deutschen Handwerks teilte mit: Die immer weitergehende Schrumpfung der deutschen Wirtschaft machte sich im Monat März auch für das Handwerk in einem weiteren Auftragsrückgang ungeheuer unangenehm bemerkbar. Die Befürchtung, die im Juli des vorigen Jahres, bis hin zu gut vollkommen war. Die Zahl der Handwerksbetriebe, die gänzlich stillgelegt oder nur noch vom Meister allein betrieben werden, nimmt ständig zu. Der allgemeine Arbeitsmangel führte zu einem Kampf um die wenigen noch vorhandenen Aufträge. Das Preisniveau ist daher allgemein so stark gefallen, daß ein nennenswerter Gewinn überhaupt nicht mehr zu erzielen ist. Die Deflationsspolitik, die von der Reichsregierung besonders in der letzten Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 angewandt wurde, konnte im Handwerk nicht beibehalten werden, im Gegenteil, der Lohn- und Gehaltsausbau hat sich in einem Rückgang der Aufträge ausgemittelt, doch ist festzustellen, daß durch die Politik der Regierung im Publikum sehr starke Hoffnungen auf einen erheblichen Preisabbau gesetzt wurden, die zur Zurückhaltung nach vorhandener Aufträge führten. Die Verwertung des Vorauszahlungstermins für die Einkommenssteuer hat sehr nachteilige Wirkungen herbeigeführt. Die erfolgte Senkung der Preise für Gas und Elektrizität war nur so gering, daß dadurch eine fühlbare Entlastung des Betriebskostenkontos nicht eintreten konnte. Alles in allem gesehen, sind die Preisbindungen für das Handwerk in einem ganz unerträglichen Zustande. Die Zahlungsansprüche für die nächsten Monate sind um 0 beträchtlich, als Anzeichen für eine Belebung des Baumarcktes nicht vorhanden sind.

Neues aus aller Welt.

Remarque Bonifacio beschlagnahmt. Das Danabankkonto des durch den Roman „Am Westen nichts Neues“ bekanntgewordenen Schriftstellers Remarque bei der Danabank in Berlin wurde auf Veranlassung der Zollfahndungsstelle beschlagnahmt. Die Maßnahme erfolgte, weil der Verdacht der Devisenbeschlebung besteht.

Münchinger Salaban gestrichelt. Im letzten Teil der Salaban, dessen sensationelle Verfassung in Berlin wegen großangelegter Münchinger, die er in seiner Villa begangen hatte, vor einigen Monaten erfolgte, vom Geheimrat Sommerich auf seinen Geschäftszustand untersucht worden. Geheimrat Sommerich ist dabei zu dem Ergebnis

gekommen, daß bei Dr. Salaban eine Gestirnsstörung vorliegen könne. Dr. Salaban wird deshalb auf Grund eines Beschlusses der ersten Großen Strafkammer beim Landgericht II in Berlin in den nächsten Tagen von dem Präsidenten Untersuchungsgefängnis nach der Anstalt Mühlhausen übergeführt werden, damit er dort einer sorgfältigen Beobachtung unterzogen werden kann.

Wölflinger Unglücksfall. Der Oberlandberger Förster, der auf der Eisenbahnstraße Freuburg—Eya von einer politischen Verhaftung nach Hause ging, wurde in dichtem Nebel von einem Zuge überfahren. Ihm wurden beide Beine abgefahren. Bei der Amputation ist Fortschritt geborgen.

Geislerfeuer. Ein großer Teil der Drischalt Weiler bei Geislingen stand in Flammen. Sämtliche Feuerwehren der umliegenden Städte und Dörfer liefen zur Hilfe. Auch der Geislinger Feuerschutz begab sich an den Brandort. Ueber die Ursache und den genauen Umfang des Feuers ist noch nichts bekannt.

Der Rinder durch eine Handgranate getötet. In einer Hofanlage in der Nähe von Friede (Schiffleben) litten Kinder Rinder. Sie fanden dabei eine Wirtshaus, die einer Söldlingsche ähnlich sah. Da die Wirtshaus ziemlich schwer war, glaubten die Kinder, sie sei noch gefüllt, und wollten sie freudestrahlend nach Hause tragen. Wirtshaus explodierte, die Wirtshaus und ihr drei Knaben in Stücke. Ein vierter Knabe wurde schwer verletzt und starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Zwei weitere schwerverletzte Kinder ringen mit dem Tode. Die Gendarmerei stellte fest, daß es sich um eine Handgranate handelte.

Lüneburger Schiffe ereignet zwei Mädchen. In einem kleinen Kaffeehaus in der Drischalt Mühlhausen in Geislingen trug sich eine furchtbare Blutschandlung ab. Ein Unteroffizier eines dort in Geislingen liegenden unternischen Schützenregiments, der mit dem Besitzer des Kaffeehauses, einem Algerier, in Streit geraten war, zog im Laufe der Auseinandersetzung plötzlich seinen Revolver und erschloß die beiden 16- und 17-jährigen Töchter des Besitzers und verletzte die Mutter durch einen Schuß sehr schwer. Sie liegt in lebensgefährlichem Zustande im Krankenhaus. Der Mörder, der von den Vätern nicht zugeführt wurde, wurde von der herbeigerufenen Polizei verhaftet.

Mord und Selbstmord. Der französische Grubeningenieur Guillerot und eine Witweangestellte aus Duedweiler wurden in Geislautern (Saar) tot aufgefunden. Die Leichen lagen in der Wohnung Guillerots in einem Zimmer und waren durch Selbstmordstiche an der Kehle aufgefunden. Wie die polizeiliche Untersuchung ergab, hat das Mädchen zuerst Guillerot und dann sich selbst erschossen. Es ist anzunehmen, daß es sich um die Tat einer enttäuschten Geliebten handelt. Das Mädchen hatte seit längerer Zeit enge Beziehungen zu dem Ingenieur, die auseinanderzugehen drohten.

Paris—Athen in einem Zuge. Mit dem Athener Luftfahrtsministerium hat die französische Luftfahrt eine Abkommen geschlossen, wodurch die Flugverbindungen zwischen Athen und Paris in einem Zuge ermöglicht wird. Die Flugzeuge der Ciba fliegen bis Gatonni, wo anschließend die Flugzeuge der griechischen Luftfahrt den folgenden Weiterflug nach Athen übernehmen. Der neue Flugdienst soll am 15. März beginnen.

Vor der Überführung des „Do. 3“ nach Italien. Die italienische Luftfahrt hat die italienische Luftfahrt ausgeschrieben. Das Flugzeug, das sein Vorgänger „Do. 3“ für das italienische Luftfahrtunternehmen Conzorzio Aero Roma bestimmt ist, wird nach Überführung über die Alpen und den Apennin nach Italien fliegen. Sowohl die allgemeine Witterungsverhältnisse über den Apennin und dem Apennin eingetreten sein werden, soll der Start erfolgen.

Raubüberfall im Postgebäude.

Hamburg, 6. April. Ein Raubmordüberfall wurde auf dem Postmeister Bracker des Hofesbesitzer Grömmig ausgeführt. Gegen 2 Uhr erschien ein Mann, der den Beamten wegen einer Autogefährdung nach Eutin zu sprechen wünschte. Der Postmeister begab sich mit dem späten Verkehr in die ebener Erde gelegenen Diensträume, um dort die erste Auskunft über die Kosten einer solchen Gefährdung zu erhalten. Bei dieser Gelegenheit zog der Unbekannte plötzlich eine Pistole aus der Tasche hervor und verletzte dem Beamten mehrere wichtige Schläge auf den Kopf.

Er schloß so brutal auf sein Opfer ein, daß diesem die Schädelschuppe zertrümmert wurde und das Blut bis an die Augen. Da die Tür verschlossen war, mußte sie gewaltsam verlor die Befinnung. Der Fremde nahm die Geldbörse und die Schlüssel zu der eingebaute Geldkassette dem Postmeister ab und raubte 150 RM in bar. Der Räuber schloß dann sein Opfer ein und ist unerkannt entkommen.

Erst etwa eine Viertelstunde später erschien ein Kollege des Verlesenen in den Diensträumen, um die Post zu erledigen. Da die Tür verschlossen war, mußte sie gewaltsam am Boden lag und die Befinnung noch nicht wiedererlangt hatte, wurde in schwererem Zustand in das Krankenhaus nach Oldenburg (Schleswig-Holstein) geschafft. Bei dem Täter handelt es sich um einen kleinen, schwächlichen, noch jungen Mann, der bereits vor kurzem in der Wohnung in der gleichen Angelegenheit im Postgebäude verhaftet wurde. Damals war der Postmeister nicht anwesend. Für die Ermittlung des Täters ist eine hohe Belohnung ausgesetzt worden.

„Graf Zeppelin“ wieder gestartet.

Friedrichshafen, 6. April. Um 6.32 Uhr hat die Luftschiff „Graf Zeppelin“ unter Führung von Kapitän Lehmann zur zweiten hiesigen Einflugschiffahrt aufgegeben. Der Start hatte sich wegen eines sehr starken Nordwindes um zwei Stunden verspätet. In der Fahrt nehmen acht Passagiere teil. Viele Zuschauer hatten sich auf dem Wertfeld angeeignet. Dr. Eckener war ebenfalls anwesend.

Neue Bücher und Zeitschriften.

Die Werte. „Alte gut, Altes, Sie sind eingetragte Sie bekommen die Zeit nach und nach und haben einmal in der Woche die Zeitungen, die Sie nicht lange in der Woche nachgeben. Sie darauf können Sie sich verlassen! Vor vier Uhr morgens komme ich nicht nachhause!“

Aus der letzten Nummer Nr. 14 der „Lustigen Wörter“ in der Zeitschrift „Lustige Wörter“, Berlin (S.M. 68), die zum Preis von 50 Pf. überall zu haben ist.

Hindenburgwähler!

Auf Deine Stimme kommt es an. Der Erfolg im 1. Wahlgang darf zu keiner falschen Sicherheit führen.

Hindenburg-Ausschuss (Kreis Querfurt)

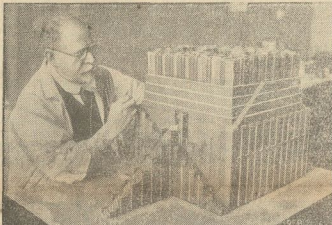
Der Sieg im 2. Wahlgang muß entscheidend werden. Es geht um Deutschland.

Graf Westarp zur Hindenburg-Wahl

Graf Westarp sprach auf einer Kundgebung des Hindenburg-Ausschusses in Frankfurt a. d. O. Man habe auf jeden Fallgenuss und Verzicht. Graf Westarp besprach die außenpolitische Lage. Brünna, der im Auslande großes Vertrauen genießt, sei entschlossen, ein doppeltes Nein auszusprechen. Er könne aber nur Erfolg haben, wenn das deutsche Volk geschlossen hinter ihm stehe. Deshalb sei es wichtig, daß Hindenburg eine möglichst große Anzahl von Stimmen bekomme. Zu billigen sei es, wenn die Nationalsozialisten den Freiheitswillen der Nation aufwiegen, aber mit starken Worten seien sie wenig zu machen. Sondern das Volk müsse zu neuen Opfern bereit sein. Im Osten brenne die Grenze. Der Pole warte nur darauf, daß er Oberpreußen, Ostpreußen und Danzig an sich reißen könne. Hindenburg und Graener hätten bewußt zu verstehen gegeben, daß das deutsche Volk bewußt sei, einen Einbruch der Polen mit altem Widerstand zu begegnen. Und die deutsche außenpolitische Stellung zu stärken und um innerpolitische Erschlüchterungen zu vermeiden, habe sich Hindenburg wieder zur Verfügung gestellt. Hindenburg sei tatsächlich ein überparteilicher Kandidat, was man von Hitler nicht behaupten könne. Hindenburg stehe sich von keiner Partei Vorwürfe machen.

Gebells in Frankfurt

Die NSDAP hielt in der Festhalle in Frankfurt a. M. eine Massenkundgebung ab. In der Reichstagsabgeordnete Dr. Gebells ist eine Vertreterin der Bewegung der Nationalsozialistischen Bewegung gab und erklärte, die Führer dieser Bewegung würden den Kampf weiterführen, bis sie selbst das Leben zur Strecke gebracht habe. Der 13. März habe der Bewegung eine Niederlage gebracht. Solche Niederlage konnte der NSDAP nur zugute kommen. In der heutigen Parlamentsgeschichte sei es noch nie vorgekommen, daß eine Partei innerhalb von Jahresfrist mehr Stimmen gewann, als die Regierungsparteien zusammen jemals gehabt hätten.



Berliner Architekt baut ein Modell des Turms von Babel für Chicago.

Wetterpropheten im Zoologischen Garten

Selbst in den Wintermonaten ist der Besuch eines Zoologischen Gartens empfehlenswert. Bei den Tieren kann man auch im Winter Wettervorhersagen beobachten, wie man sie im Sommer in der Freiheit an vereinzelten Tieren feststellen kann. Unsere meteorologische Wissenschaft befindet sich, wenigstens kann man es so sagen, in einem händigen Konkurrenzkampf mit den tierischen Wetterpropheten. Wir wissen es ja nur zu gut, daß der Landmann auf dem Felde ganz gleich ob Sommer oder Winter, kein Wetterteilchen eher nach dem Zug der Vögel, nach der Wollenbildung des Hummels usw. urteilt als nach den Anzeigen, die der Wetterdienst mittels Hundstunts und Bresse verbreitet.

Daß viele Tiere die Eigenschaften haben, durch ihr Verhalten das kommende Wetter anzudeuten, dürfte eine hinlänglich bekannte Tatsache sein. Im folgenden soll nur gelegentlich werden, inwieweit wir diese Beobachtungen in den Zoologischen Gärten machen können. Das Verhalten der Zoologischen Gärten weiß zum Beispiel genau, daß ein Witterungsumschlag eintritt, wenn der Wolf sein langgezogenes Heulen ertönen läßt. Wertwirdig ist, daß sich dieses Heulen unauffällig steigert, wenn ein Schneefall in Aussicht ist. Diese Eigenschaften mag das Tier aus seinem Freileben mitgebracht haben, denn Heulende haben uns in ebenfalls oft genug gefehlt, daß die Wölfe in den russischen Wäldern zum Beispiel ein ständiges Heulen beginnen, wenn die Witterung kälter wird oder Schneefälle bevorstehen. Bei dem Seelwamen kann das Brüllen vernehmen auslaut werden.

Hindenburg praktisch Sieger!

erklärt der Reichshelm. Durch die Maßnahme der Kandidatur Dörfersberger wolle er den Weg zu einer nationalen Einheitskandidatur

Hindenburg

gegen den Kommunismus frei machen. Regierungsrat Giller blieb es vorbehalten, aus staatsfern Parteireferente Deutschland kurz vor den Pressenwahlen erneut zu jarreihen.

Deutsche Männer und Frauen

Jede Stimme dem Volksführer

Hindenburg

keine Stimme der ansichtslosen Zersplitterung.

Hindenburg-Ausschuss (Kreis Querfurt).

Wenn die Bewohner keine Stimme hören, so wird es regnen, wenn aber kein großes Organ in der Erde des Tages hörbar wird, so besiegt die Ansicht, daß der Tag schöner Wetter bringt. Wahrscheinlich ist hier vor allem sein, in welcher Himmelsrichtung das Grollen hörbar wird.

Besonders zuverlässige Wetterpropheten aber sind die Vögel. Diese Eigenschaften hat man ihnen seit alters her zugeprochen. Die Schwabe und der Storch gelten als die Verkünder des Frühlings, wennschon ihr Kommen auch nichts anderes bedeutet als daß in ihren Winterquartieren die Natur knapp zu werden beginnt. Die Behauptung, daß die Frösche besonders gute Wetterpropheten sind, hat sich indes auf Grund ausgiebiger Beobachtungen nicht bestätigt. Ob der Frosch seine Leiter herauf- oder herunterstreckt, meißt er bangs den amorphischen Schwärzen nach, was man nicht, dahingegen kann man sagen, daß die Frösche am meisten quaten, wenn es berette regnet. Eine besondere Empfindlichkeit für den atmosphärischen Druck besitzt eine in Nordamerika heimische und in vielen Aquarien angustreffende Egelart. Es handelt sich um die sogenannte Donnerregie, die bei herannahenden Gewittern stundenlang bewegungslos auf ihrem Rücken verharret. Auch einige Schlangengattungen reagieren auf gewitterähnliche Luft, sie bleiben völlig regungslos, wenn die Atmosphäre auf gewitterartige Entladungen schließen läßt. Selbst die Ente wird auf sehr schmerzhaft Weise durch die Dünne ihrer Schwimmbelaggenheit zu einer Voraussage des nahenden Gewitters bestimmt. Sie kann dem atmosphärischen Druck den das Gewitter mit sich bringt, nicht standhalten, und aus diesem Grunde ist ein großes Entsetzen bei stärkeren Gewittern durchaus keine Seltenheit. Daß die Krebse bei starken Entladungen an die Oberfläche des Wassers kommen. Auch der Egel läßt seine nicht seine hellere Stimme ertönen, wenn unangenehme Wetter bevorsteht. Es handelt sich hierbei um eine ererbte, Eigentümlichkeit seiner Rasse aus den Tagen, da er noch nicht als Haustier galt. Bei den wilden Egel ist noch heute zu beobachten, daß sie sich laut schreiend zu einer dichten Mauer zusammendrängen, wenn ein Sandsturm herannahet. Sie wollen sich durch diese Schutzmaßnahme gegenseitig Wunden bieten gegen die herabstürzenden Folgen eines solchen Sturmes. Daß der Hahn die Eigenschaften eines Wetterpropheten besitzen soll, muß gleichfalls verneint werden. Es ist auch nicht so, daß er besonders viel trübt, wenn Regen bevorsteht, sondern die alte Bauernregel lag schon: Wenn der Hahn trübt auf dem Mist, ändert sich das Wetter, oder es bleibt, wie es ist.

Betr. Reichspräsidentenwahl II. Wahlgang, am 10. April 1932.

Zu dem am Sonntag, dem 10. April d. Js., stattfindenden Reichspräsidentenwahl II. Wahlgang in der Stadtbezirk Nebra in 2 Stimmbezirke eingeteilt und zwar umfagt

Stimmbezirk I die Unterstadt:

Altenburgstraße, Unter der Altenburg, Bahnhofstraße, Metzschplanweg, Brunnenstraße, Breite Straße 1-15, Feldstraße, Gartenstraße, Grünmühlweg, Grabenstraße, Großpöngener Straße, Bahlg, Kirchgarten, Ederberg, Neue Kette, Poststraße, Privatstraße, Kofentalstraße, Schloßberg, Unterbrunnen, Wehendorfer Straße, Wilhelmstraße.

Stimmbezirk II die Oberstadt:

Mischerplatz, Breite Straße 16-65, Entenplan, Füllengasse, Kirchweg, Rüppelstraße, Kollerhof, Kämmergasse, Laternengasse, Markt, Obersteig, Oberort, Orlas, Pöngergasse, Promenade, Reinsdorfer Straße, Rittergut, Schloßgasse, Kleine Schloßgasse, Wasserweg. Es sind bestimmt:

- als Wahlvorsteher für den Stimmbezirk I Herrgärt Paul Senfel
- „ Stellvertreter „ „ „ 1 Maurer Karl Hammerl
- „ Wahlvorsteher „ „ „ 2 Bürgermeister Grünberg
- „ Stellvertreter „ „ „ 1 Stellm. Wtr. A. Franke

Abstimmungsräume sind:

für den Stimmbezirk I das untere rechte Klassenzimmer und für den Stimmbezirk II das untere linke Klassenzimmer des alten Volkshausgebäudes.

Die Wahl findet statt von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr.

Zutritt zu den Wahlräumen hat jeder Stimmberechtigte, der in den Stimmkarten eingetragen oder im Besitze eines Stimmzettelnes ist. Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt und enthalten alle zugelassenen Wahlvorschlüge. Bei der Stimmabgabe hat der Stimmberechtigte durch ein Kreuz oder sonstiges Zeichen denjenigen Kandidaten lenkbar zu machen, dem er seine Stimme geben will. Wenn der Stimmberechtigte keinen der vorgeschlagenen Kandidaten seine Stimme geben will, so kann er in das sich anschließende freie Feld den Kandidaten einfügen, dem er seine Stimme zu geben beabsichtigt.

Der Stimmberechtigte tritt jedoch an den Vorstandsführer, nennt auf Verlangen seinen Namen und übergibt, sobald sein Name in der Stimmkarte aufgefunden worden ist, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher, der ihn sofort ungeöffnet in die Wahlurne legt. Inhaber von Stimmzettelnes nennen ihren Namen und übergeben den Stimmzettel dem Wahlvorsteher.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen verhindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Zutritt zu den Wahlräumen hat jeder Wähler. Anspäher darf niemand haben, auch ist das Anbringen von Plakaten pp. nicht gestattet. Nur der Wahlvorstand darf über das Wahlgeschäft beraten und beschließen. Er kann jeden aus dem Wahlraum weisen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung fört. Ein Wähler, der davon betroffen wird, darf vorher seine Stimme abgeben.

Nebra, den 5. April 1932.

Der Magistrat. Grünberg.

Betr. Beschädigung von Lichtleitungen durch Fußballspieler.

Hier ist Anzeige erstattet, daß durch Fußballspieler die über den Bläserplatz führenden Lichtleitungen fortgesetzt beschädigt werden.

Das Fußballspielen auf dem Bläserplatz wird deshalb hiermit untersagt. Zuwiderhandlung machen sich nach § 79 der Straßenpolizeiordnung für die Stadt Nebra vom 3.4.1925 strafbar und können außerdem zur Schadenersatzleistung herangezogen werden.

Der Polizeibeamte hat Anweisung, alle Personen, die auch jetzt noch beim Fußballspielen auf dem Bläserplatz angetroffen werden, unmaßstäglich zur Verhaftung anzuzeigen.

Nebra, den 6. April 1932.

Der Bürgermeister als Orispolizeibehörde. Grünberg.

Betr. Austeilung von Bezugscheinen.

Die dem Magistrat übermittelten Bezugscheine zum Einkauf von verbilligtem Fleisch werden an die Bezugsberechtigten am Donnerstag, den 7. April d. Js., von 2-3 Uhr nachm. in Rathaus, Zimmer Nr. 4 ausgeteilt.

Die Ausgabezeit ist unbedingt einzuhalten.

Nebra, den 6. April 1932.

Der Magistrat. Grünberg.

„Schweizerhaus“-Witzenburg

Sonntag, den 10. April, abends 8 Uhr

Dielenbetrieb Kapelle Stein

Es ladet freundlich ein

Wirtshaus.



F. Poppe

Reichsbestand Weibee
Ausgewählte bei den Stimmgeräten
Nebra und Witz. — Vertrete
Prozesse und Befolge alle gerichtlichen Angelegenheiten. Halte im
„Waisen Hof“ Nebra S. Predigt.

Frische Bücklinge

und täglich frische
marinierte Serringe
empfiehlt
Ww. Meitz.

Obst- u. Gemüsegarten

zu verpacken
Neue Reihe 17.
Auskunft dableibt.

Drucksachen aller Art

liefert preiswert und gut
Buchdruckerei Wth. Sauer
Rosleben

Volksführer oder Parteikandidat?

Feldmarschall von Hindenburg,

der Sieger von Tannenberg, vom
Volke gerufen — oder

Parteibuchbeamter Regierungsrat

Hiller, der Berammlungsredner,
Beauftragte einer Partei

Gegen die Parteiherrschaft!
Für das Volk!

Wählt Hindenburg!

Hindenburg-Ausschuss (Kreis Querfurt)

Neurmer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefabdruck: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr 42

Donnerstag, den 7. April 1932.

45. Jahrgang

Das Ergebnis der Vorkonferenz.

... nicht verfehlt, einen Abbruch zu erreichen.

London, 5. April.

Nach Beendigung der englisch-französischen Ministerkonferenz in London wurde von englischer Seite eine amtliche Mitteilung herausgegeben, in der es heißt, daß die Minister im Hinblick auf die am Mittwoch beginnende Viermächtekonferenz nicht verfehlt hätten, einen Abbruch zu erreichen. Sie seien überzeugt, daß die Darstellung der beiderseitigen Ansichten die Arbeit dieser Konferenz erleichtern werde. Die englische und die französische Regierung teilten die Hoffnung, daß es möglich sein werde, schnellstens gemeinsame Maßnahmen zu verabreden, die unter Abzählung der Interessen dritter Parteien eine wirtschaftliche Annäherung der Donauraumstaaten ermöglichen.

Die Erörterungen galtten hauptsächlich den wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, denen die Donauraumstaaten gegenüberstehen. Die Minister der beiden Länder sind der Ansicht, daß die Fragen, die sie unterrichten, nur durch ein allgemeines Abkommen internationalen Charakters gelöst werden können, und daß für diesen Zweck eine enge und herzliche Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der vier Mächte, die sich am Mittwoch treffen, notwendig ist.

Die englisch-französischen Verhandlungen in der Donauraumstadt wurden am Montagmorgen um 5.30 Uhr beendet. Tardieu und Lönblad trafen gemeinsam im Kraftwagen nach dem Hydepark-Hotel zurück. Tardieu trat nach dem Montagabend die Rückreise nach Paris an, wo er am Dienstagmorgen gegen 10 Uhr M. P. in der Gare am Mittwochabend bereits mit einer großen Rede den Wahlkampf zu eröffnen.

Zufriedenheit in Paris.

Paris, 6. April.

Die pessimistische Haltung der großen Pariser Presse über den Ausgang der Londoner Besprechungen hat ganz plötzlich einem ausgeprägten Optimismus und unvorstellbarer Zufriedenheit Platz gemacht. Alle großen Blätter unterrichten besonders, daß die beiden Ministerpräsidenten sich über die Modalitäten zur Bewirkung des wirtschaftlichen Zusammenflusses der Donauraumstaaten vollkommen einig geworden seien, und daß es nunmehr nur noch von Italien und besonders von Deutschland abhängig, wie rasch der Plan durchgeführt werden könne.

Selbst der außerpolitische Berichterstatter des „Echo de Paris“ bezeugt den Ausgang der Besprechungen, die eine so unerwartet günstige Wendung genommen hätten.

Außerdem dürfe man in Zukunft unter Großmächten nicht nur Frankreich, England, Italien und Deutschland verstehen, sondern müsse auch Polen und die Schweiz miteinrechnen, die ebenfalls an den Verhandlungen teilgenommen hätten, und zu Rate gezogen zu werden.

Auch der „Petit Parisien“ bespricht den Ausgang der Besprechungen als so günstig wie nur eben möglich. Im gegenseitigen Gedankenaustausch habe sich über fast alle Punkte des Programms Übereinstimmung erzielen lassen. Es bleibe nur noch zu hoffen, daß die Vertreter Deutschlands mit anderen Vorschlägen zur Viermächtekonferenz kämen als denjenigen, die bei den diplomatischen Verhandlungen der letzten Wochen zutage getreten seien. Das „Journal“ zieht aus der gemeinsam veröffentlichten amtlichen Mitteilung ebenfalls die Schlussfolgerung, daß man nunmehr auf beiden Seiten die Überzeugung gewonnen habe, daß die Neuorganisation Mitteleuropas bei einigem guten Willen sehr rasch durchgeführt werden könne.

Goethe-Geschenk Italiens.

Das Reiseagebuch des Vaters Goethes.

Rom, 6. April.

In der berühmten Farnesina, dem Sitz der königlichen italienischen Akademie, fand ein feierlicher Empfang statt, der dem Gedächtnis Goethes gewidmet war. In Vertretung Marconis drückte der Vizepräsident der Akademie seine Begrüßung darüber aus, daß die Akademie von Italien dank der Großherzigkeit von Weimar und dem Nationalmuseum von Weimar in der Lage sei, dem deutschen Volke das Reiseagebuch des Vaters Goethes zu überreichen und erhoffte enge Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem italienischen Volke zu stets sich steigender wissenschaftlicher und künstlerischer Förderung.

Professor Jannelli überreichte dem Volkshofmeister von Schwabach den ersten Band des Reiseagebuchs, dessen Herausgabe er befohrt hat.

Der deutsche Volkshofmeister dankte in kurzer, herzlichster Rede, die er mit der Hoffnung schloß, daß die Beziehungen der Freundschaft und der Kultur sich zwischen beiden Ländern immer enger gestalten mögen.

Der Moskauer Anschlag.

Prozess gegen die Attentäter auf Zwardowski.

Moskau, 5. April.

Der Prozess gegen die Attentäter des deutschen Volkshofrats von Zwardowski, Stern und Wassiljew, die be-

famlich einen Anschlag auf den deutschen Volkshofster von Diefken planten, diesen aber veranlassen, hat in Moskau begonnen.

Der Vorhitz der Präsident des Militärkollegiums des Obersten Gerichtshofes, Ulrich, die Anklage vertritt der Volkskommissar für die Justiz, Kropotko, der gleichzeitig Oberstaatsanwalt ist. Das Gerichtsgebäude ist durch starke Truppenabteilungen gesichert. An dem Prozeß nimmt neben der sowjetrussischen auch die Auslandspresse teil. Dem Verlauf des Prozesses sieht man in Moskau mit Spannung entgegen.

In der Voruntersuchung konnten die Hintergründe des Moskauer Attentats nicht völlig geklärt werden. Beide Angeklagte, Stern und Wassiljew, wollten angeblich durch das Attentat der Moskauer Regierung Schwierigkeiten in ihren außenpolitischen Beziehungen schaffen mit dem Ziele der Bewirkung einer Intervention europäischer Staaten in Rußland, in deren Verlauf die Sowjetregierung gestürzt werden sollte. Daß sie gerade auf einen deutschen Diplomaten es abgesehen hatten, begründeten die Angeklagten damit, daß nach ihrer Meinung Deutschland das einzige Hindernis für eine Intervention sei. Durch die Ermordung des deutschen Volkshofsters auf Zwardowski erlangte das Attentat nur in der Annahme, daß man Herrn von Diefken selbst vor sich hatte glaubten sie die Beziehungen mit Deutschland so grundlegend zu tören, daß dieses für eine Intervention kein Hindernis mehr bilden könnte.

Aus eigenen Mitteilungen dürften die Attentäter den Attentatsplan nicht gekennnt haben. Nach Ansicht der Moskauer Staatsanwaltschaft hielt die Anklage vielmehr in den russischen wie in der ausländischen Presse zu finden, die seinerzeit nach Polen ausgewandert sind und von dort aus ihren Kampf gegen die Sowjets führten. Auf Veranlassung dieser Kreise soll, wie die Anklagebehörden behaupten, auch die Ermordung eines höheren russischen Offiziers im Jahre 1928 verübt worden sein. Dagegen wurde u. a. eine Frau namens Lubartowa und ihr Verwandter Leo Lubartoff von der GPU erschossen. Ein Verwandter von diesen Lubartoff ist im Jahre 1920 nach Polen ausgewandert, nahm die politische Staatsbürgerschaft an und wurde Beamter im Reichsdeutschen Finanzministerium. Dieser soll nun einige Zeit vor dem Attentat unerkannt nach Moskau gekommen sein und sich nach den Behauptungen der Staatsanwaltschaft der eigentliche Ipiritus rector des Attentats. Die Anklage stützt diese Behauptung auf die Aussage eines ebenfalls im Zusammenhang mit dem Attentatsverbrechen verhafteten Schwagers, des Generals Demin, der ebenfalls politischer Abstammung sein soll.

Litauens Kampf gegen das Deutschtum

Deutsche Eltern unter Anklage.

Kowno, 6. April.

In Verfolg der systematischen Unterdrückung des deutschen Schulwesens in Litauen ist es erneut zu einem unerhörten Übergriff der litauischen Schulbehörden gekommen. Sämtlichen deutschen Eltern der ehemals deutschen Volksschule in dem Kirchdorf Gintautai, das an der ostpreussischen Grenze etwa 15 Kilometer von Schwirwin entfernt liegt, wird auf Verlangen des Schulinspektors am Samstag der Prozeß gemacht werden, weil sie sich weigerten, ihre Kinder an dem in litauischer Sprache erteilten Religionsunterricht teilzunehmen zu lassen. Diese ehemals reibende deutsche Volksschule mit über dreißig Kindern ist vor etwa zwei Jahren gegen den Willen der Eltern in eine litauische Schule umgewandelt worden.

Damals gelang es den deutschen Eltern noch, durchzusetzen, daß wenigstens der Religionsunterricht in der Muttersprache gegeben würde.

Als jetzt auch dieser litauisch erteilt wurde, entschlossen sich die Eltern, ihre Kinder von dem in litauischer Sprache erteilten Religionsunterricht fernzuhalten, worauf der Schulinspektor gegen sämtliche Eltern Klage vor Gericht anstregte, die demnächst zur Verhandlung kommen soll.

Graf Czernin †.

Wien, 6. April.

Graf Ottokar Czernin, der frühere Außenminister des alten Österreich und Vertrauensmann des damaligen Kronprinzen Franz Ferdinand und des Kaisers Karl, ist in seiner Wiener Wohnung einem Herzschlag erlegen. Er lag an seinem Schreibtisch, um einige Briefe zu erledigen, stand dann auf, ging einige Male unruhig hin und her und sank im nächsten Augenblick leblos zusammen. Die bedeutendsten Abschnitte seiner außenpolitischen Tätigkeit sind die geheime Friedensverhandlungen, die er zusammen mit dem Prinzen Sigismund von Parma führte, sowie der Abbruch der Friedensverträge mit Rumänien und Rußland.

Graf Ottokar Czernin, der einer böhmischen Uradelsfamilie entstammend, wurde im September des 60. Lebensjahres geboren. Er wurde frühzeitig Berater des später ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand, der seine Entlassung als Gesandter nach Bulgarien veranlaßte, wo er bis zum Ausbruch des Krieges mit Rumänien (August 1914) verblieb. Der Abbruch seiner dortigen Tätigkeit brachte ihm heftige Angriffe im ungarischen Reichstag; jedoch veröffentlichte das Wiener Ministerium des Äußeren ein Verbot, das für Graf Czernin die glänzendste Rechtfertigung war. Nach dem Tode Kaiser Franz Josephs, als der junge Kaiser Karl Ver-

trauensmann des Erzherzogs Franz Ferdinand zur Regelung des Krieges wurde, Graf Czernin im Dezember 1916 Minister des Auswärtigen. Als solcher wurde er Träger der von Kaiser Karl verlangten Friedenspolitik. Gelehrt auf die Erfolge der Waffenruhe wurde er dann auch im Februar 1918 Frieden mit der Ukraine, im März mit Rußland und im April mit Rumänien schließend. Besprechungen, die er seit August 1917 bis Februar 1918 mit Frankreich in der Schweiz führte, konnten die weitere Fortleitung des Krieges nicht abbrechen. Im Zusammenhang mit dem von Clemenceau veröffentlichten Brief des Kaisers Karl an den Prinzen Sigismund von Parma erfolgte im April 1918 der Rücktritt Czernins. Nach dem Kriege trat er mit Erinnerungen hervor, die Kaiser Karl außerordentlich beleidigten. Er optierte als geborener Tscheche für Österreich und wurde in den neuen österreichischen Nationalrat gewählt, wo er indessen nicht weiter betrauert.

Dingeldey an Hugenberg.

Ein Vorschlag des Führers der Volkspartei.

Berlin, 5. April.

In einem offenen Brief an den deutschnationalen Parteiführer Dr. Hugenberg schreibt der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, u. a.:

„Der Erregung des Gemeindefalles aller bürgerlichen Kreise kann nicht die Mitarbeit auf die eigenen Parteimitglieder entscheidend sein, sondern die Überzeugung, welcher Weg kann unter Wahrung völliger Gleichberechtigung und unter Verzicht auf jedes besondere Parteigedächtnis die Erfüllung aller nationalen bürgerlichen Stimmen fördern?“

Ich mache folgenden Vorschlag:

1. Die deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei erklären sich bereit, an folgender Abstimmung teilzunehmen: Die in Betracht kommenden Parteien stellen in den Wahlkreisen untereinander Verbündete; die Reststimmen gehen auf eine gemeinschaftliche preußische Landesliste.

2. Für die Staffelnung der gemeinschaftlichen Landesliste kann unter Verzicht auf förmliche Parteiovertete kein anderer Ausgangspunkt gefunden werden als das Stimmverhältnis, wie es sich nach dem Ergebnis der Reichswahlen vom September 1928 darstellt.

3. Für den Fall Ihres Einverständnis, das wir mit Rücksicht auf die dringende Zeit auch telephonisch übermittleit werden könnte, erkläre ich mich bereit, sofort eine Zusammenkunft der Führer aller in Frage kommenden bürgerlichen Gruppen einzuberufen.

Es wäre es in einer solchen Abstimmung auf Grund meiner bei genügender noch erreichbar ist, nationalen Bürgerkreisen und darüber.“

Dingeldey.

Die Führer der Deutschen Volkspartei verbinden und September 1930 die deutschnationale Abstimmung vorläufig „en commun“ zu erklären und abgelehnt ist.

Im Sinn des darauf hin, daß ein Gruppen durch nicht nachweisbar in eigenen Reihen verhältnismäßig nicht in können. Nicht zu einem Zeitpunkt, es rein lediglich kommenden Zusammenschließen. Ihre bisherige als ein Verzicht Verantwortung Sammlungsorganisationen, daß Brief Dingeldeys Stellung nehmen werde.

Deutschnationale Wahlliste.

Berlin, 4. April.

Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei hielt in der Reichshauptstadt eine der Vorbereitung der Neuwahl des Preussischen Landtags gewidmete Sitzung ab. Der parteiamtliche Bericht über diese Tagung belag:

„Der Parteivorstand legte die Kandidatenlisten für die Länderwahlen fest. Er billigte in allen Punkten die Politik des Parteiführers und die zur Reichspräsidenten- und Preussenswahl ausgehenden Parolen. In einer Beteiligung an dem durch das Ergebnis des 13. März bereits praktisch entschiedenen Reichspräsidentenwahlkampfes sieht der Parteivorstand nur eine nutzlose Demonstration, die lediglich geeignet ist, dem schwarz-roten System zu einem völligen Triumph zu verhelfen. Für den Wahlkampf um Preußen legte der Parteivorstand die Richtlinien fest. Das Bekennnis der Partei zum Lebensrecht der Länder und der Selbstverwaltung kam in einer besonderen Erklärung zum Ausdruck.“

In einer weiteren Erklärung wurde ein nachdrücklicher Appell an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung gerichtet, jeden Mißbrauch des preussischen Staatsapparates

